

Samstag, 22. April 2017

Förderung gemeinsamer Interessen und Pflege der Kameradschaft

Historische Schlaglichter auf 100 Jahre Staatspersonalverband

Sehr geehrte Damen und Herren, Mitglieder des Schaffhauser Staatspersonalverbandes,
sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident, sehr geehrter Herr Regierungsrat, sehr geehrter
Herr Stadtrat

Vor ein paar Monaten fragte mich Franziska Müller von der Staatskanzlei, ob ich zum 100-jährigen Jubiläum ein paar Worte aus historischer Sicht sagen könne? Ich habe ohne lange zu zögern zugesagt, dies auch und vor allem deswegen, weil die Akten des Verbandes bei uns im Staatsarchiv aufbewahrt werden. So konnte ich immerhin sicher sein, direkten Zugriff auf die relevanten Akten zu haben. Angesichts des mir eingeräumten Zeitfensters habe ich mich entschieden vor allem die Gründungsphase und die Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu beleuchten. Für die Jahrzehnte danach werde ich mich auf ein paar wenige Ausführungen beschränken, was aber auch damit zusammenhängt, dass die Vereinsunterlagen nicht vollständig erhalten sind. Zudem kennen einige der Anwesenden die jüngere Geschichte des Verbandes aus eigener direkt Erfahrung, teilweise ja auch als aktive und ehemalige Mitglieder des Vorstandes, und meine Ausführungen als Historiker sollen nicht mit den Erinnerungen der heute oder ehemals Aktiven konkurrieren, was sie vermutlich ohnehin nicht könnten.

Der Krieg, der im August 1914 ausbrach, sollte gemäss der militärischen Planungen ein kurzer Krieg werden. Allgemein wurde damit gerechnet, dass die Truppen zu Weihnachten 1914 wieder zu Hause sein würden. Dass es anders kam, hätte man in den militärischen Planungsstäben eigentlich wissen können, ja sogar wissen müssen, doch wurden alle Fakten, welche die eigenen Planungen widerlegen konnten, konsequent ausgeblendet. Wie wir wissen, dauerte der Krieg vier Jahre, eine Zeitspanne, die nicht eingeplant war. Dies hiess auch für die neutrale Schweiz, dass sich mit der Dauer des Krieges erhebliche Verwerfungen zeigten. Die vor dem Krieg bereits engen wirtschaftlichen Verflechtungen, die das Resultat einer Globalisierungswelle war, die seit etwa 1880 andauerte, wurden rasch und nachhaltig zerstört. Verstärkt wurden die Folgen durch die seit Ausbruch des Krieges von Grossbritannien gegenüber dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn verhängten Seeblockade, die den Warenaustausch erheblich behinderte, wenn nicht sogar ganz verunmöglichte. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Schweiz, die auf Importe angewiesen war. Die allgemeine Verknappung und die damit in der Regel einhergehende Spekulation vor allem mit Nahrungsmitteln führten zu erheblicher Preissteigerung, insb. auch weil die Rationierung in der Schweiz erst ab März 1917 eingeführt wurde. So betrug die Preissteigerung vom Juni 1914 bis zum Januar 1917, also in nur rund 2 1/2 Jahren bei Kochbutter 82%, bei der Milch 12%, bei Eiern 189%, bei Kartoffeln 92%, bei Rindfleisch 62%, bei Brot 57% und bei Teigwaren 67%. Es kann von einer durchschnittlichen Teuerung in diesem Zeitraum von rund 85% ausgegangen werden. Dies stellte alle bisherigen Erfahrungen vor sehr grosse Herausforderungen. Man war sich nicht geübt im Umgang mit solchen, letztlich und direkt durch den Krieg mitverursachten Verwerfungen, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Löhne stagnierten, und es keinen Lohnausfall für die Zeit des Aktivdienstes gab. Die sozial angespannte Lage führte dann bekanntlich zum Generalstreik vom 11.-14. November 1918.

In dieses schwierige Umfeld gehört die Gründung des Verbandes der Beamten und Festangestellten des Kantons Schaffhausen. Ja man könnte sogar sagen, dass die Gründung

den Krieg, oder zumindest dessen Folgen als Katalysator hatte. Die Konstituierung erfolgte am 22. April 1917, an einem Sonntag in der Wirtschaft zum Frieden. Die Hauptforderungen betrafen - angesichts der Lage nicht überraschend - die Ausrichtung von Teuerungszulagen und die Einführung des freien Samstagnachmittags. Im Protokoll der Jahresversammlung vom 6. April 1919 zeigte sich, dass der Verband auf Erfolgskurs war und seine Gründung offensichtlich einem Bedürfnis entsprach. Am 1. April 1917 zählte der vor der Gründung stehende Verband 50 Mitglieder, Ende 1917 waren es 90 und am 6. April 1918, also nur ein Jahr nach der Gründung deren 128 Mitglieder. Freilich kann – dies sei nebenbei bemerkt - aus der reinen Anzahl der Mitglieder nicht zwingend auf deren Engagement geschlossen werden. Am 13. März 1922 nämlich wurde an der Jahresversammlung besprochen, "ob unter Busse zu den Vereinsversammlungen" eingeladen werden solle? Die Frage wurde aber verneint, "da die Sache für den Kassier äusserst unangenehm ist und bei der Verhängung von Bussen Austritte aus dem Verein zu befürchten sind," wie im Protokoll zu lesen steht.

So erfolgreich der Einsatz für Teuerungszulagen auch war, so erfolglos war das Bemühen um ein neues Besoldungsgesetz. Dieses blieb 1930 in der Entwurfsphase stecken, weil sich die durch den Börsencrash von 1929 verursachte Wirtschaftskrise international stetig verschlimmerte. Sie schlug ab 1930 voll auch auf die Schweiz durch. Von Besoldungsausbau konnte keine Rede mehr sein, wie es resigniert im Protokoll der Vorstandssitzung vom 26. November 1931 zu lesen ist: "Der Vorsitzende macht auf den überall einsetzenden Lohnabbau aufmerksam und gibt der Meinung Ausdruck, dass wohl jetzt niemand ernstlich mit dem Gedanken einer Besoldungserhöhung sich befassen werde." Dies wurde in der Diskussion bestätigt, "dass aber dennoch ein wachsames Auge offen gehalten werden muss, um unter allen Umständen einen Abbau zu verhüten." Die Wirtschaftskrise bleibt auch in den folgenden Jahren Thema. An der Vereinsversammlung vom 28. Februar 1932 wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, unter den Beamten und Angestellten des Kantons eine Sammlung für die Arbeitslosen durchzuführen. Die Lage schien auch deshalb dringend, weil "auf Frühjahr

verschiedene Arbeitslose angesteuert sein werden und die in Aussicht gestellte staatliche Krisenhilfe knapp bemessen sein werde." Dem Aufruf war durchaus Erfolg beschieden, konnte doch im Vorstand am 4. April 1932 zur Kenntnis genommen werden, dass 83 Mitglieder und 13 Nichtmitglieder insgesamt die stattliche Summe von 1'637 Franken gespendet hatten. Trotzdem berichtete der Präsident an der Vorstandssitzung vom 13. September 1933, ihm sei zu Ohren gekommen, es werde erzählt, "dass der Verein staatlicher Beamter nichts leiste."

Die schon 1931 befürchtete Lohnreduktion wurde schliesslich 1933 Tatsache. An der Vorstandssitzung wurde informiert, dass der Regierungsrat beabsichtige, zum Ausgleich des Budgetdefizits einen Lohnabbau durchzuführen. Im Grundsatz wurde diese Massnahme durchaus verstanden, nicht aber die Art und Weise, wie der Regierungsrat diese Massnahme plante. Es sei "eine schoffle Behandlung der Beamten und Angestellten nur kurzerhand über diese hinweg einen Abbau zu beschliessen." An dieser geplanten Massnahme kann sehr gut die Einschätzung des Verbandes von seiner Rolle beleuchtet werden, dann an der Vorstandssitzung vom 18. November 1933 berichtete der Präsident von seiner Unterredung mit dem Finanzdirektor vom Vortag. "Die Beamten und Angestellten stünden seines Erachtens doch auf einer Stufe, die die nötige Einsicht aufbringen würden, wenn es sich um das Wohl und Wehe des Staates handeln wird." Gleichwohl wurde die Besoldungsreduktion beschlossen, die für die Zeit von 1933 bis 1936 wirksam blieb.

Am 26. September 1936 wertete der Bundesrat als Massnahme gegen die Wirtschaftskrise den Franken um 30% ab. Dies hatte aber zur Folge, dass die Preise im Land erheblich anstiegen. Der Index stieg vom Dezember 1936 bis zum Februar 1937, also in nur gerade rund zwei Monaten, von 122,1 auf 129,7 also um 7,6 Punkte. Lebensmittel erfuhren dadurch innert kurzer Zeit Preisaufschläge von bis zu 50%. Damit war die Frage der Teuerungszulagen wieder ein drängendes Thema. 1940 wurde eine solche gewährt und der Vereinspräsident wies in seinem Jahresbericht vom 16. Februar 1941 darauf hin: "Was hätten wir diesbezüglich

erreicht ohne Organisation?, dürfte wohl denjenigen unterbreitet werden, die unserem Verein nicht angehören, also kein Opfer bringen, dagegen mit dabei sind, die errungenen Früchte einzuheimsen." Die Frage nach der Daseinsberechtigung schien sich gerade damals stärker als vielleicht sonst zu stellen. In einer Stellungnahme eines langjährigen Mitglieds kam dies zur Sprache. "Sport, oder andere Vereine mit feuchtfrohlichem Klang ziehen vor, trotzdem doch in erste Linie der Beruf und die Existenzverbesserung auf dem Spiele stehen. Kollegen, die sich um eine Berufsorganisation gar nicht kümmern, sind wirklich bedauernswerte Menschen. Im Bedauern sind auch diejenigen Funktionäre, die wohl im Berufsverband sind, sich aber nie an einer Versammlung blicken lassen, die Wünsche und Anregungen nicht am richtigen Orte vorbringen, sondern 'hintenherum' schimpfen und dem Vorstand noch Schwierigkeiten zu bereiten suchen."

Daneben wurde die seit 1930 nicht gelöste Frage eines neuen Besoldungsgesetzes immer wieder vom Verband vorgebracht. Der Erfolg zeigte sich an der Volksabstimmung vom 18. Juli 1943, als das neue Besoldungsgesetz mit 6664 zu 3459 Stimmen klar angenommen wurde, womit es möglich wurde, zum Teil beträchtliche Lohnerhöhungen zu erreichen, die in der Privatwirtschaft schon längst erfolgt waren. Die Situation schilderte der Grosse Rat in seiner Botschaft an die Schaffhauser Bevölkerung klar und unmissverständlich. "Der Kanton war seit Jahren in vielen Fällen nicht in der Lage, jüngere Kräfte zu halten, sobald sie ihre Tüchtigkeit ausgewiesen hatten und bestrebt waren, sich anderswo, sei es beim Bund, in anderen Kantonen oder in der Privatindustrie eine bessere Lebensstellung zu verschaffen. Der zur Hauptsache auf die ungenügende Besoldung zurückzuführende starke Wechsel im Beamtenstand hat sich für die Verwaltung mit der Zeit immer nachteiliger ausgewirkt." Eine wesentliche Neuerung war, dass künftig alle vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter des Kantons Schaffhausen in dreizehn Besoldungsklassen bei einem Maximum von 11'000 Franken pro Jahr gegenüber der bisherigen Regelung mit neun Besoldungsklassen bei einem Maximum von 8'000 Franken pro Jahr eingereiht wurden. Dass sich der Verband den

Abstimmungserfolg auf die Fahne schrieb, leuchtet ein. Das Gefühl, nun endlich einen grossen Schritt gemacht zu haben, liest sich im Korrespondenzblatt vom 1. September 1943. "Das schöne Resultat in der Abstimmung vom 18. Juli 1943 ist aber auch zum Teil herbeigeführt worden durch das kluge und verständnisvolle Vorgehen aller politischen Parteien und deren Presse; auch diesen sei der beste Dank ausgesprochen." Hinter dem Abstimmungserfolg standen Massnahmen wie persönliche Werbung im Verwandten- und Bekanntenkreis, Inserate in allen Zeitungen, der Versand von zwei Flugblättern und Beiträge im redaktionellen Teil der Schaffhauser Zeitungen. Zwei Tage nach der Abstimmung wurde in allen Zeitungen ein Inserat mit dem Dank an das Schaffhauser Volk geschaltet.

Der oberflächliche Leser der Akten des Verbandes könnte den Eindruck erhalten, es seien nur kleine Schritte gemacht worden. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Zeiten sehr anders waren, und dass die finanziellen Möglichkeiten des Staates bei weitem nicht mit der nach 1950 einsetzenden Entwicklung zu vergleichen waren. So wurde an der Vereinsversammlung vom 12. April 1942 auch die Frage des Heizens der Büros der kantonalen Verwaltung besprochen, da Heizmaterial der Rationierung unterlag. Wie ernst die Lage war, zeigte sich an der Forderung, dass in einem Büro 14 bis 15 Grad herrschen sollten. Die Holzzuteilung für die kantonale Verwaltung sei zu klein, weshalb man frieren müsse. Es waren in der Tat andere Zeiten und andere Massstäbe.

Weitere Meilensteine der ersten Jahrzehnte war die Einführung einer kantonalen Pensionskasse, die Ende 1925 gegründet und rückwirkend auf den 1. Januar 1925 in Kraft gesetzt wurde und an deren Schaffung sich der Verband aktiv beteiligte. Das Fazit, das im Korrespondenzblatt vom 1. Mai 1942 dazu gezogen wurde, liest sich so: "Die Segnungen der Pensionskasse haben nun schon viele kantonale Funktionäre, wie auch die der angeschlossenen Gemeinden, besonders aber ihre Familien, erfahren dürfen."

Am 14. November 1935 erschien die erste Nummer des Korrespondenzblattes, das hektographiert hergestellt und den Mitgliedern zugesandt wurde. Es war dies der Versuch die einzelnen Mitglieder besser untereinander zu vernetzen. Und hier waren denn auch durchaus klassenkämpferische Töne zu lesen. So im Korrespondenzblatt Nr. 5 vom 3. Oktober 1936." Zweck dieser Zeilen soll nicht etwa sein, Sympathie oder Antipathie zu predigen, die Statuten verbieten das grundsätzlich. Aber wie der getretene Wurm sich krümmt, so soll auch wenigstens in unseren Reihen endlich einmal kund getan sein, was alle die Jahre wie stillschweigend an bitteren Enttäuschungen getragen haben. ... Ihr Magistraten, Ihr Politiker, ihr seid auch uns schuldig des geschenkten Vertrauens! Unsere Stimmen bei den bevorstehenden Wahlen werden abgegeben im Glauben auf ein vermehrtes gegenseitiges Vertrauen im Interesse des Volksganzen!" Dass das Korrespondenzblatt auch vom Vorstand kritisch begleitet wurde, mag eine handschriftliche Bemerkung auf dem Korrespondenzblatt vom 1. Mai 1942 zeigen. Dort steht zu lesen: "Viele orthog[raphische] Fehler."

Bilanz der Arbeit des Verbandes zog aus Sicht der Regierung Regierungsrat Gustav Schoch am 25-jährigen Jubiläum 1942: "Da jeder Staatsbeamte einen Teil der Staatsmacht verkörpert, hat er sich würdig aufzuführen. Die Beamten zeichnen sich aus durch Fleiss, Treue und Unbestechlichkeit. ... Sprüche: 'Die Beamten haben das schönste Leben', 'den Amtsschimmel reiten', 'Ausser dem Täfer arbeite niemand', sind alte Ladenhüter, mit denen nur noch die Ewiggestrigen hausieren. Die Leistungen der Beamten sind anerkennenswert und die grosse Entschädigung muss als bescheiden betrachtet werden. ... Obwohl die Funktionäre nicht mit irdischen Gütern gesegnet sind, arbeiten sie trotzdem mit grossem Eifer und Pflichtbewusstsein, und zwar unbekümmert um Lob und Tadel. Wir wollen auf dem Posten bleiben mit dem erhebenden Bewusstsein, dass wir die Kraft am Dienst der Heimat weihen." Diese Worte von Regierungsrat Gustav Schoch wurden herzlich verdankt, und sollten, Ironie der Geschichte, gerade ihn treffen, war er doch eines der Opfer der irrtümlichen

Bombardierung von Schaffhausen am 1. April 1944, als er auf seinem Posten stand und getötet wurde.

Angesichts des rasanten wirtschaftlichen Wachstums nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erstaunt es nicht, dass der Dauerbrenner der Teuerungszulage weiterhin aktuell blieb. Im Sommer 1965 wurde im Kantonsrat eine Revision des Besoldungsdekrets behandelt, das eine Teuerungszulage von 4,5% vorsah, verbunden mit einer Reallohnerhöhung von durchschnittlich rund 6%. Im gleichen Jahr beabsichtigte die Regierung, die Arbeitszeit anzupassen. So sollte während des Sommersemesters am Morgen um 7 Uhr mit der Arbeit begonnen, während des Wintersemesters um 7.30 Uhr, während am Nachmittag von 14 bis 18 Uhr gearbeitet werden sollte. Ohne hier zu sehr auf mögliche Interpretationen einzugehen, lässt sich immerhin sagen, dass die grosszügige Mittagspause wohl mit dem traditionellen Bild zusammenhing, dass über Mittag zu Hause gegessen wurde. Das heutige Fastfood war noch in weiter Ferne, auch wenn sich in jenen Jahren Bemühungen zeigten, die Arbeitszeit über die Mittagszeit zu flexibilisieren. So votierten in einer Umfrage unter den Verbandsmitgliedern vom 21. Februar 1969 151 Mitglieder für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit über Mittag, während nur gerade 49 Mitglieder für den status quo stimmten.

Doch auch das Thema Mitbestimmung tauchte in jenen Jahren auf. Im 53. Jahresbericht zum Vereinsjahr 1969 finden sich die Worte: "Wir sind der Ansicht, dass sich der Beamte in vermehrtem Masse seiner Bedeutung als aktiver Staatsbürger bewusst werden muss. Wir sollten dafür sorgen, dass wir nicht als Teil einer trägen Stimm Masse gewertet werden, sondern dass die zuständigen Instanzen mit uns als Verhandlungspartner rechnen.... Im Rahmen dieser allgemeinen Zielsetzung muss zweifellos auch das Problem einer vermehrten Mitbestimmung einlässlich und eingehend überdacht werden." In diese Aufbruchstimmung fiel auch die Änderung des Namens von "Verein staatlicher Beamter und Angestellter des Kantons Schaffhausen" in "Schaffhauser Staatspersonal-Verband", wie er an der Jahresversammlung

vom 27. Februar 1970 beschlossen wurde. Doch auch mit dieser Namensänderung blieben naturgemäss die Aufgaben und die Herausforderungen die gleichen. So resümierte der Verbandspräsident an der Jahresversammlung vom 20. Januar 1984 "... wie wichtig die Verhandlungsposition der Personalvertreter ist, die wohl mit dem Regierungsrat Besoldungsanpassungen aushandeln können, nachher jedoch auf Gedeih und Verderb den Beschlüssen des Grossen Rates ausgeliefert sind."

Nur auf den ersten Blick mag es erstaunen, dass sich in der Geschichte des Verbandes auch der technologische Wandel findet, auf dessen Herausforderungen in der Verwaltungstätigkeit einzugehen war. Wie gross war nur schon der Wandel von der Haltung des Regierungsrates 1926, als er beschloss, dass alle auf dem Lande stationierten Polizisten für die Benützung von eigenen Schreibmaschinen eine jährliche Entschädigung je nach dem Neuwert der verwendeten Schreibmaschinen zwischen 20 und 40 Franken erhalten sollten. Daher wurde 1928 das Gesuch des Polizisten aus Beringen abgewiesen, eine Schreibmaschine auf Staatskosten für die dortige Polizeistation anzuschaffen. Der Gesuchsteller solle die eigene Schreibmaschine verwenden, befand der Regierungsrat, wobei der Finanzdirektor in der Sitzung der Regierung noch zusätzlich die Anregung machte, es sei zu prüfen, ob die Polizisten anstatt pauschal lediglich pro geschriebener Seite entschädigt werden sollten. Bis hin zum Thema des vom Verband 1965 organisierten Vortragszyklus zum Thema der Elektronischen Datenverarbeitung, wobei am ersten Abend Themen wie Lochkarten, Magnetbänder, konventionelle Lochkartenanlagen und elektronische Datenverarbeitungsanlagen behandelt wurden.

In jenen Jahren tauchte auch zum ersten Mal die Frage der Arbeitsplatzbewertung und der Leistungsbeurteilung auf. Der starke Ausbau staatlicher Tätigkeiten in den 1960er und 1970er Jahren führte noch zu einem anderen Konzept, das uns seither auf die eine oder andere Weise erhalten geblieben ist. In den Unterlagen zum Jahr 1971 findet sich ein Text mit dem Titel "Management in der Verwaltung", in dem etwa von "Operations Research als

Entscheidungsmittel" und technischen Grundlagen zur öffentlichen Planung die Rede ist. Interessant ist dabei, dass "Operations Research" als "Unternehmensforschung" übersetzt wird, womit die Gleichsetzung von staatlicher Verwaltung mit einem Unternehmen vielleicht zum ersten Mal in den Akten greifbar wird. Verfasst wurde der Text vom Zürcher Regierungsrat Hans Künzi und von EHT-Professor für Informatik Carl August Zehnder. Und an der Jahresversammlung vom 18. Januar 1985 wurde das Wort "Informatik" prominent am Anfang erwähnt. "In vielen Bereichen ist die Verwaltung sogar ausgesprochen auf die neue Datenspeicherungs- und verarbeitungstechnik ausgerichtet. Es wird deshalb von jedem Beamten Lernbereitschaft und Einsatzwille gefordert, damit die Verwaltung die ihr zugewiesenen Aufgaben auch in Zukunft erfüllen kann."

Als Verbandszweck wurde bei der Gründung ausdrücklich die Pflege der Kameradschaft genannt. Diese wurde soweit dies aus den Akten ersichtlich ist, immer gepflegt, auch wenn dies je nach Zeitumständen auf unterschiedliche Weise geschah. Die erste Veranstaltung fand am 18. Oktober 1919 statt, als die Konservenfabrik in Hallau besichtigt wurde.

Als 1930 wieder eine Abstimmung über ein kantonales Besoldungsgesetz anstand, wurde an der Jahresversammlung vom 4. Mai 1930 auch die Frage diskutiert, einen geselligen Anlass durchzuführen. Darauf wurde aber verzichtet mit der Begründung "wenn das Gesetz vom Volk angenommen ist, kann man schon auf einen geselligen Anlass Bedacht nehmen." Die Angelegenheit entwickelte sich freilich nicht so, wie geplant, erfuhr das Besoldungsgesetz doch eine erhebliche Verzögerung, weshalb der Vorstand am 21. Februar 1931 beschloss, einen Ausflug mit dem Autobus in die Staatswaldungen im Schwarzwald bei Grafenhausen zu organisieren. Doch nicht immer trafen die Bemühungen des Vorstandes, die Kameradschaft zu fördern, auf Gegenliebe. So war für den 1. Juli 1934 ein Ausflug nach Rapperswil und Zug geplant. Eine einfache handschriftliche Notiz am linken Papierrand stellt lapidar fest. "Der Ausflug konnte mangels genügender Teilnahme nicht durchgeführt werden!"

Doch auch andere Gesichtspunkte konnten dazu führen, auf den Ausflug zu verzichten. So hält das Protokoll der Vorstandssitzung vom 6. Februar 1937 fest, auf den Ausflug zu verzichten, "... vor allem auch darum, weil wir in der Zeit der kommenden Lohnkämpfe stehen und das Geld für diese Zwecke benötigen; zudem sei ja schlussendlich unser Verein kein Geselligkeitsklub." Diese Haltung scheint im Vorstand verbreitet gewesen zu sein, denn an der Vorstandssitzung vom 13. Juni 1947 vermerkt das Protokoll zum Vorschlag, wieder einen geselligen Anlass durchzuführen: "Der Vorsitzende ist der Ansicht, dass es nicht unsere Aufgabe sei, reine Geselligkeitsanlässe durchzuführen, hingegen könnte in nächster Zeit eine Vereinsversammlung stattfinden, die. ev. ausserhalb der Stadt abgehalten werden könnte, sodass ein Bummel damit verbunden werden könnte." Doch auch die Jahresversammlungen wurden als gesellige Anlässe konzipiert. So hiess es auf der Einladung auf den 26. Februar 1965 in den Saal des Hotels Kronenhof, was nach der offiziellen Versammlung folge, "wollen wir nicht verraten: Es wird getanzt werden und dazwischen steigen einige Einlagen. Auf alle Fälle wird die Kollegialität gepflegt. Offizieller Schluss des Anlasses: 02.00 Uhr! Ein Abend im Jahr dem Berufsverband!

Was für ein Fazit lässt sich aus historischer Sicht beim Blick auf die 100 Jahre Staatspersonalverband ziehen? Mit der Gründung 1917 übernahmen die Angestellten des Kantons die Organisationsformen der Arbeiterschaft, um ihre Interessen dem Regierungsrat und dem Parlament, allenfalls auch dem Stimmvolk gegenüber, besser zu vertreten. Der Verband konnte sich, wohl auch weil er zwar in den Forderungen durchaus klar, aber in der Sprache konziliant war, rasch als Gesprächspartner dem Regierungsrat gegenüber etablieren. Dies war sicherlich in schwierigen wirtschaftlichen Situationen ein Vorteil. So ist auffallend, dass immer wieder Mitglieder des Regierungsrates, und zwar aus verschiedenen Parteien, auch zu den Mitgliedern des Verbandes zählten. So erstaunt es nicht, dass immer wieder auch Mitglieder des Regierungsrates Veranstaltungen des Verbandes bestritten, so an der Jahresversammlung vom 23. Januar 1967 als Regierungsrat Hermann Wanner im zweiten Teil

ein Referat zum Thema "Unsere Flurnamen" hielt und als Dank die beiden ersten Bände der Memoiren von Winston Churchill erhielt. Der Verband war und ist das Scharnier zwischen den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und dem Regierungsrat und damit der Politik.

Die grundlegenden Themen sind seit der Gründung - naturgemäss ist man versucht zu sagen -, die gleichen. Es ging und geht um Lohnentwicklung, um Arbeitszeitmodelle, um technologischen Wandel und Weiterbildung. Wenn wir uns vor Augen führen, wie tiefgreifend und letztlich rasant der allgemeine Wandel war, auf den die staatliche Verwaltung reagieren musste, dann lässt sich vielleicht ermesen, dass der Verband in den letzten 100 Jahren eine Art von Konstante war. Dies gilt auch in einem völlig veränderten sozialen und politischen Umfeld. Gerade letzteres hat sich in den letzten Jahrzehnten akzentuiert, in dem staatliches Handeln zunehmend als Gegensatz zur übrigen Arbeitswelt gesehen wird. Auf der einen Seite stehen in dieser Lesart die produktiven Kräfte der Wirtschaft, auf der anderen Seite die unproduktiven Kräfte des Staates, um es verkürzt zu sagen. Diese Kluft ist in dieser Schärfe eine neuere Entwicklung. Wenn Sie ermesen wollen, wie gross der Wandel in der Verwaltung selber war, dann nehmen Sie zum Vergleich den Staatskalender aus dem Gründungsjahr 1917 und denjenigen aus dem Jahr 2017 zur Hand. Nur schon am Umfang ersehen Sie, dass in diesen 100 Jahren eine grosse Entwicklung stattgefunden hat, die der Staatspersonalverband kreativ mitprägte und kritisch mitverfolgte.

Am 12. April 1942 konnte im Restaurant Falken das 25-jährige Jubiläum des Vereins gefeiert werden. An der Feier nahmen rund 100 Personen teil, während der Handharmonikaclub 'Munot' die musikalische Umrahmung übernahm und als erstes den Marsch 'Alte Kameraden' spielte. Die Vereinskasse spendete den Zvieri, bestehend aus einer Roostbratwurst und Kartoffelsalat. Der Regierungsrat spendete den Ehrenwein. Auch wurde ein Wettbewerb durchgeführt, der im Schätzen der Zahl der in einem verschlossenen Glas befindlichen Erbsen bestand. In seiner kurzen Ansprache meinte der Vereinspräsident dazu: "Ehrt das Essen, aber

lassen Sie noch mehr Ehre dem Wein aus dem Staatskeller angedeihen und trinkt ihn mit Verstand." Wenn diese Worte als Hinweis auf den bevorstehenden Apéro interpretiert werden, dann wäre dies nicht ganz falsch.